

Mit diesem Gesetz hat sich nichts geändert – palästinensische Reaktionen auf das Gesetz „Nationalstaat des jüdischen Volkes“

Yumna Patel, mondoweiss (Orig.), 29.07.18

Während die internationale Gemeinschaft ihre Bestürzung über die Erklärung Israels zum Ausdruck brachte, dass seine jüdischen Bürger das „ausschließliche Recht auf nationale Selbstbestimmung“ im Staat besitzen, sahen etwa 20% der Bevölkerung darin nur eine Bestätigung einer ohnehin schon trostlosen Realität.

„Ich denke, der Gesetzentwurf hat nur eine Art inoffizielle Politik der Diskriminierung der palästinensischen Minderheit durch den Staat Israel offiziell gemacht“, sagte der 24-jährige Amran Abu Houf, ein palästinensischer Bürger Israels aus der nördlichen Region Galiläa, gegenüber Mondoweiss.

„Also bin ich nicht wirklich schockiert, dass es verabschiedet wurde“, sagte er.

Abu Houf, ein Aktivist bei Mossawa, einer palästinensischen Lobby-NGO in Israel, ist einer von mehr als 1,6 Millionen palästinensischen Bürgern Israels. Für ihn und viele andere wie ihn brachte der Nationalstaats-Gesetzentwurf nichts Neues auf den Tisch.

„Meiner Erfahrung nach hat sich mit diesem Gesetz nichts geändert. Die Diskriminierung ist seit der Gründung des Staates immer offensichtlich gewesen“, sagte Abu Houf.

Einige Palästinenser, wie der Student Mohammed Khalaf, 25, forderten palästinensische Politiker im israelischen Parlament auf, die Arbeit aus Protest zu boykottieren.

„Dieses nationalstaatliche Gesetz ist das gefährlichste Gesetz seit Jahren, es besagt, dass die Araber kein Mitspracherecht bei dem haben, was in diesem Land passiert“, sagte Khalaf zu Mondoweiss.

„Das Mindeste, was wir tun können, ist unsere Teilnahme an dem System abzulehnen, das unsere grundlegenden Menschenrechte verweigern will“, sagte er.

Während palästinensische Politiker, Rechtsgruppen und internationale Beamte das Gesetz verurteilen und sagen, es würde den Weg für die Diskriminierung der palästinensischen Bürger Israels ebnen, gehören Abu Houf und Khalaf zu der Mehrheit, die sagen, dass die Grundlagen für einen vollständigen Apartheidstaat längst gelegt seien.

Für sie ist die „einzige Demokratie im Nahen Osten“ niemals eine Demokratie gewesen.

Die Regierung erbringt keine Dienstleistungen auf Arabisch

Als er über das neue Gesetz sprach, das Arabisch von einer Amtssprache in einen „Sonderstatus“ herabsetzte und Jerusalem zur ungeteilten Hauptstadt Israels erklärte, verwies Abu Houf auf mehrere

Fälle, in denen palästinensische Bürger Israels seit Jahren unter diskriminierenden Gesetzen und Praktiken leiden.

„Vor diesem Gesetz zum Beispiel war Arabisch neben Hebräisch eine Amtssprache des Staates. Aber in der Praxis hat die Regierung nie Dienstleistungen auf Arabisch erbracht“, sagte Abu Houf. „Wenn Sie in die Knesset gehen, werden Sie keine Regierung finden, die arabische Übersetzungen anbietet.“

Diese Art von Rassismus und Diskriminierung gab es schon vor dem jüdischen Nationalstaatsgesetz, das Gesetz hat es nur verankert und legalisiert und treibt diese Politik voran

„Schauen Sie sich den Mangel bei den Wohnrechten an“, sagte er, „es gab keinen einzigen neuen arabischen Ort, der seit 1948 gebaut wurde, im Vergleich zu hunderten von jüdischen Gemeinden.“

Abu Houf hob das Beispiel der palästinensischen Gemeinden in der südraelischen Negev-Wüste hervor und kritisierte die Versuche der israelischen Behörden, Beduinendörfer abzureißen und ihre Bewohner zwangsweise umzusiedeln, um Platz für neue jüdische Städte zu machen.

„Die Idee, die Entwicklung ausschließlich jüdischer Gemeinden voranzutreiben, ist schon lange vor dem jüdischen Nationalstaatsgesetz entstanden“, sagte er. „Seht euch die Stadt Afula im Norden an. Es ist eine traditionell 'gemischte' Stadt, aber jüdische Bewohner haben gegen den Verkauf von Häusern in der Gemeinde an Araber demonstriert.“

„Diese Art von Rassismus und Diskriminierung gab es schon vor dem jüdischen Nationalstaatsgesetz, das Gesetz hat es nur verankert und legalisiert und treibt diese Politik voran.“

„Erst vor zwei Monaten haben wir in Haifa friedliche Demonstrationen in Solidarität mit Gaza organisiert, und wir wurden von der israelischen Polizei angegriffen und geschlagen, die mehrere Personen, darunter den Direktor von *Mossawa*, gewaltsam verhaftet hat“, sagte er.

Khalaf verglich die Erfahrungen der palästinensischen Bürger Israels mit den Erfahrungen der schwarzen Amerikaner, wobei er sich auf Geschichten über Erstellung rassistischer „Profile“, häufige Polizeistops und Durchsuchungen sowie übermäßige Gewaltanwendung gegen Palästinenser stützte.

„Sie behandeln uns nicht als Bürger, sie behandeln uns als zweitklassig, der Unterschied zwischen der Art und Weise, wie wir vom Staat behandelt werden und wie die jüdischen Bürger, ist offensichtlich“, sagte er. „Rassismus ist das Gesetz des Landes, seit Israel 1948 gegründet wurde.“

In seinen persönlichen Erfahrungen mit Diskriminierung hat Khalifas Ausbildung und Berufserfahrung am stärksten gelitten. Als Bürger zweiter Klasse zu leben, bedeutet Diskriminierung im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt. „Meine Freunde und ich haben so oft versucht, Jobs im Marketing oder in der Technik zu bekommen, aber die meisten Arbeitgeber stellen keine Araber ein“, sagte Khalaf.

„Entweder sie werden Sie nicht einstellen, weil Sie Araber sind, oder sie werden sagen, dass sie nur Leute einstellen, die den israelischen Nationaldienst geleistet haben, an dem viele von uns Palästinensern sich weigern, teilzunehmen“, sagte er.

Khalaf erzählte Mondoweiss, dass er nach Abschluss seines Associate-Studiums an einer israelischen Universität Schwierigkeiten hatte, in ein Bachelor-Studium einzusteigen, obwohl er zu den Besten seiner Klasse gehörte.

„Sobald Sie Vorrechte für Juden als eine konstitutionelle Norm in allen Aspekten des Lebens setzen, einschließlich der räumlichen und geographischen, wird Rassismus normalisiert“

„Alle Stipendien von israelischen Universitäten gehen an die israelischen Studenten, nicht an die Palästinenser. Weniger als 10% der Araber in meiner Schule wurden an israelischen Universitäten aufgenommen, während fast alle jüdischen Studenten einen Platz bekamen“, sagte er frustriert.

Mit wenig Möglichkeiten für ihn innerhalb Israels legt Khalaf jetzt seinen Bachelor-Abschluss an der Al-Najah-Universität in der besetzten Stadt Nablus im Westjordanland ab.

Auswirkungen auf Menschenrechtsgruppen

Im Gespräch mit Mondoweiss wies Abu Houf auf die traurige Tatsache hin, dass mit dem neuen Nationalstaatsgesetz die Arbeit von *Mossawa* und anderen, die sich für die palästinensische Minderheit in Israel einsetzen, wahrscheinlich viel schwieriger werden wird.

„Die Diskriminierung palästinensischer Bürger Israels ist jetzt staatlich sanktioniert“, sagte Abu Houf. „Jetzt wird es für uns viel schwieriger sein, diese Fürsprachearbeit für die palästinensische Minderheit zu leisten, weil das jetzt Teil des Verfassungsgesetzes ist.“

Rechtsanwalt Suhad Bishara, vom *Adalah Legal Center for Arab Minority Rights in Israel*, bestätigte die Meinung von Abu Houf und erklärte Mondoweiss, dass die wichtigsten Auswirkungen des Gesetzes in Bezug auf Wohnsitz, Land und Planung zu spüren sein werden.

„Alle Gerichtsentscheidungen in der Vergangenheit, über 20 Jahre, haben den Grundsatz der Gleichheit bei der Landzuteilung betont und zum Beispiel zu einem Verbot der Errichtung exklusiver jüdischer Siedlungen geführt“, sagte Bishara.

„Alle diese Erfolge wurden hauptsächlich von Menschenrechtsorganisationen erzielt. Mit diesem neuen Gesetz wird all diese Arbeit rückgängig gemacht. Es wird uns viel schwerer machen, Fälle von Diskriminierung von Palästinensern anzufechten, weil diese rassistische Vorstellung von Judaisierung zu einer verfassungsmäßigen Norm wird“, sagte sie.

Bishara hob die Tatsache hervor, dass im Laufe der Jahre zwischen 40-60% des historisch palästinensischen Landes vom Staat für jüdische Zwecke beschlagnahmt wurden und dass es in Israel selbst etwa

928 Siedlungen gibt, die ausschließlich für Juden existieren oder in denen eine sehr kleine Minderheit von Nichtjuden lebt.

„Sobald Sie Vorrechte für Juden als eine konstitutionelle Norm in allen Aspekten des Lebens setzen, einschließlich der räumlichen und geographischen, wird Rassismus normalisiert“, sagte sie.

„Und wenn dies Normalität wird, werden die Menschen nicht länger davor zurückschrecken, den Verkauf ihrer Häuser an Araber zu verweigern, aus Angst vor rechtlichen Schritten. Die Menschen werden völlig frei fordern können, dass sie nicht neben den Arabern leben wollen, und dass sie exklusiv jüdische Städte gründen wollen.“

„Ja, all das passiert seit dem Tag eins“, sagte sie. „Aber vor diesem Gesetz gab es Möglichkeiten, diese Praktiken auf der Grundlage von Verfassungsnormen anzufechten. Dieser Spielraum der Herausforderung wird verschwinden, weil die jüdischen Vorrechte jetzt Konstitutionsrang haben.“

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: mondoweiss.net/2018/07/nothing-changed-palestinians/